

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(50. - öffentliche - Sitzung am 27. Mai 2020)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Rechtsänderungen im Zusammenhang mit der Nutzung von digitalen Anwendungen in der Justiz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Zusammen gegen Hass, Gewalt und Angriffe gegen politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5865](#)

Das Justizministerium unterrichtete den - mitberatenden - Ausschuss zu den Punkten 3 bis 6, 8 und 12 des Antrages, die die Zuständigkeit des Ausschusses betreffen. Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Inneres und Sport um eine Stellungnahme zu den ihn betreffenden Aspekten des Antrages gebeten worden war, beriet über den Antrag und kam überein, dem federführenden Ausschuss anstelle eine förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

3. **Gerechtigkeitslücke schließen - Wohnraumschaffung begünstigen und Rechtsfrieden stärken**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5867](#)

Das Justizministerium nahm zu dem Antrag Stellung. Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrages und kam überein, diese in der Sitzung am 17. Juni 2020 fortzusetzen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des 8. Mai 2020 als Feiertag in das Niedersächsische Gesetz über die Feiertage**

Gesetzesentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3262](#)

Der Ausschuss setzte die Mitberatung fort.

5. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6381](#)

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6297](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

Die Niedersächsische Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus vom 17. April 2020 anpassen - Parlament beteiligen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – [Drs. 18/6308](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, die beiden Gesetzentwürfe und den Antrag zusammen zu behandeln. Das Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen stellte eine Zurückziehung des Antrages seiner Fraktion in Aussicht.

Der Ausschuss begann mit der Beratung zu den Gesetzentwürfen.

Er beschloss, zu den Gesetzentwürfen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen sollen die Anzuhörenden bis zum 29. Mai 2020 benennen. Die eingegangenen Stellungnahmen sollen in der Sitzung am 17. Juni 2020 ausgewertet werden.

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in der Sitzung am 17. Juni 2020 insbesondere in verfassungsrechtlicher Hinsicht zu den beiden Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen und den Ausschuss darüber zu unterrichten, in welcher Weise die Parlamente anderer Bundesländer in die infektionsschutzrechtliche Rechtsetzung im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie einbezogen werden.

7. a) **Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung der Fraktion der AfD im Niedersächsischen Landtag gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Unterrichtspflicht nach Art. 25 Abs. 1 NV (Niedersächsische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie) - StGH 2/20**
- b) **Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Organstreitverfahren der Fraktion der AfD im Niedersächsischen Landtag gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Unterrichtspflicht nach Art. 25 Abs. 1 NV (Niedersächsische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie) - StGH 1/20**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Bestellung einer oder eines Beauftragten gegen Antisemitismus**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2903](#)

Diesen Punkt setzte der - federführenden - Ausschuss auf Bitten des Vertreters der Fraktion der AfD von der Tagesordnung ab. Die Beratung soll in der Sitzung am 17. Juni 2020 fortgesetzt werden.